

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Collnberg, Sobndorf, Röditz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Ruffsnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die lehrspaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Collnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-Collnberg. Inhaber Wilhelm Pöcker in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 143.

Dienstag, den 21. Juni 1921

71. Jahrgang.

Bekanntmachung

Beihilfen für Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat grundsätzlich zugesagt, für Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge auch für das Haushaltsjahr 1921/22, neue Mittel zur Verfügung zu stellen. Die vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung bereitgestellten Zuschüsse für die Bauarbeiten dürfen die Hälfte des Gesamtaufwandes für diese nicht überschreiten. Die hiesigen Hausbesitzer, welche die vorgenannten Mittel zu Instandsetzungsarbeiten an ihren Gebäuden in Anspruch nehmen wollen, werden hierdurch aufgefordert, dies schleunigst und zwar spätestens bis

29. dieses Monats

unter Vorlegung von Kostenschätzungen im Rathaus — Zimmer Nr. 2 — zu melden.
Hohndorf (Bez. Chemnitz), den 20. Juni 1921.
Der Gemeindevorstand.

Kurze wichtige Nachrichten.

- * Aus Anlaß der Interpellation über Oberklesien, die in den nächsten Tagen im Reichstag behandelt werden wird, wird der Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Krieger, seine erste Ministerrede im Reichstage halten.
- * Der Reichsernährungsminister Dr. Hertel hat gestern die Landwirtschaftsausstellung in Weipzig besucht.
- * Der Redakteur Kobawial aus Oberlausitz wurde verhaftet. Er hat seinerzeit mit dem Grafen Oppersdorf hochverräterische Verhandlungen mit den Polen gepflogen.
- * Der Reichsminister für Wiederaufbau hat den Generaldirektor des Reichsverbandes des deutschen Handwerks Hermann (Kreuzlingen), Mitglied des Reichswirtschaftsrates, als Berater und Mitarbeiter in das Reichskommissariat für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete berufen.
- * Das frühere deutsche Handelsunterseeboot „Deutschland“, das 1916 in Baltimore eingelaufen ist, wurde auf der Höhe von Virginia Kap als Heißschiffe benutzt und ist dabei in den Grund gebohrt worden.
- * Arbeitslose drangen gestern in das Berliner Gewerkschaftshaus ein, mißhandelten den Vorstehenden des Gewerkschaftsbundes, Sabath, und legten sich dort fest. Die Demonstration konnte noch nicht reiflos entfernt werden.
- * Der Hauptausdruck des österreichischen Nationalrates hat auf Vorschlag des Abg. Seidel (Chr.-Sos.) einen Antrag angenommen, den Präsidenten der Wiener Polizeidirektion Schöber zum Bundesminister zu designieren und ihn mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen.

Beilehnigste Regelung der oberklesischen Frage?

Wichtige Beschlüsse in Paris.
Paris, 20. Juni. Wie „Matin“ mitteilt, haben Ministerpräsident Briand und Lord Curzon dem Reichstag gefordert, die drei alliierten Kommissare in Opatowitz aufzufordern, nun endlich ihre Beschlüsse für die Grenzfestsetzung zu erlassen. Sie sollen sich einigen, und man habe ihnen sehr ernstlich mit der Entlassung von Sachverständigen gedroht, die an ihre Stelle treten sollen.
Lord Bertinor in „Echo de Paris“ habe Lord Curzon erklärt, was auch „Petit Parisien“ bestätigt, daß nach der Ansicht seiner Regierung das Industriegebiet Oberklesiens unteilbar sei, und daß angesichts der von Deutschland erzielten Wehrhaft keine Zuerkennung an das Deutsche Reich nicht verhindert werden könne. An Stelle General Verons habe Curzon eine hohe Persönlichkeit, die außerhalb des Beeres stehe, vorgeschlagen.
Die im März und April verhängten Zwangsmaßnahmen am Rhein will Curzon aufzuheben haben, während Briand diese Frage dem Obersten Rat vorbehalten will. Nach „Journal“ soll ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Regierungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit im Abkommensgebiet beschlossen worden sein. Es wird davon gesprochen, daß England dem französischen Standpunkt einige Zugeständnisse machen wolle.

Polnisches Eigentumsrecht an Oberklesien?
Paris, 20. Juni. Der diplomatische Berichterstatter der Agence Havas will wissen, daß die Zustände in der ostlichen Regierung in Bezug auf die Teilung des Industriegebietes sich darauf beschränken würden, Polen wohl das Eigentumsrecht zu übertragen, dagegen die Ausbeutung des Gebietes Deutschland zu überlassen. In der wahrscheinlich im Juli stattfindenden Sitzung des Obersten Rates wird außer der Beratung der oberklesischen Frage auch die Aufhebung im März in London über Deutschland verhängten Zwangsmaßnahmen angehängt werden.

Kolonisierung von Gleiwitz.

Keutten, 20. Juni. Nachdem eine halbamtliche Erklärung von der Internationalen Kommission vermuten läßt, daß der Eisenbahnbetrieb im Industriegebiet bis Gleiwitz in den Händen der Polen bleiben soll, verließen die Franzosen nunmehr auch den Post- und Telegraphenverkehr den Polen zu spielen. Der Deutsche Postdirektor wurde aufgefordert, Postkäden langfristig mit dem Entente und nicht mehr mit Auto befördern zu lassen und die Postbeamten mit inwärtigen Erlaubnisbescheinigungen auszuführen. Postdirektor Streda und Telegraphendirektor Grätz lehnten diese Forderungen des französischen Generals Le Comte Denis als unerhört ab und erklärten, bei Zwang sofort ihre Ämter niederzulegen. Die Stimmung ist angesichts der entstellten Nachrichten, das Industriegebiet Polen zu überlassen, äußerst erregt. Die deutschen Kreise nehmen an, daß das Gebiet bis Gleiwitz planmäßig kolonisiert und sodann Polen angeschlossen wird. Der polnische Pfahkommandant v. Hohenlinde wurde als deutschfreundlich von den eigenen Leuten ermordet.

Deutsches Reich.

Landtagsbericht.

(S. 3.) Dresden, Auf der Tagesordnung der 64. Sitzung des Landtages vom Montag stand zunächst die Beratung über eine Regierungsvorlage wegen Bewilligung eines Kredits von einer Million Mark zur Förderung von sozialen Baubetrieben (Bauhütten) an die Landeszielbildungs-gesellschaft Sächsisches Heim. Die Vorlage wurde nach längerer Aussprache dem Haushaltsausschuß überwiesen. Das Gesetz, betreffend die Wahl der Gemeindevertreter wird in Schlussberatung angenommen. Darnach haben für alle Gemeinden, die in den Jahren 1920 und 1921 keine Gemeindevahl gehabt haben, Neuwahlen bis Ende dieses Jahres stattzufinden. Die dringlichen Anforderungen der Regierung von je zwei Beamten für die Marmor- und Kalkwerke, Brauereifabriken und Landeslotterie, sowie einem Kapitalbedarf der Porzellanmanufaktur Meißen finden ebenfalls Annahme. Weiter werden die umfangreichen Ausschufanträge zum Abänderungsgesetz, die Befolgung der Staatsbeamten und Lehrer betreffend, angenommen. Zum Schluß wird eine Vorlage der Regierung über die Neuregelung der Kinderzulagen der Staatsbeamten beprochen, die den durch eine bürgerliche Mehrheit erzielten Landtagsbeschlüssen entspricht, auf Grund dessen die Kinderzulagen bis zum 21. Lebensjahr zu zahlen wären. Der Haushaltsausschuß beantragt die ursprüngliche Fassung der Vorlage wieder herzustellen, nach der die Kinderzulagen nur bis zum 18. Lebensjahr, rückwirkend ab 1. Januar 1921, gezahlt werden. Die Abstimmung wird auf Dienstag vertagt. — Nächste Sitzung Dienstag, den 21. Juni, vorm. 8 Uhr.

Eine deutschnationale Anfrage im Landtage.

(S. 3.) Im sächsischen Landtage hat die deutschnationale Fraktion bereits folgende kurze Anfrage eingebracht:
1. Ist es richtig, daß das Ministerium des Innern der Sipo Anweisung gegeben hat, in den Geschäftsstellen der Deutschnationalen Volkspartei, und zwar zunächst in Leipzig und Dresden und später auch noch in Chemnitz, politische Hausdurchsuchungen vorzunehmen und beim Mangel eines ausreichenden Verdachts diesen Verdacht durch Arbeit von Polizeipistolen künstlich erst zu schaffen?
2. Ist es richtig, daß insbesondere in Dresden der Wachtmeister Reichgräber von der Sipo in der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei und der Geschäftsstelle der Organisation Eislerich sich als alter Unteroffizier eingeführt hat mit den erlogenen Angaben, er wolle aus vaterländischen Beweggründen in Schlesien den Deutschen helfen und in den deutschen Selbstschutz eintreten, daß er dann auf 120 Mark Reichsgeld sich auszahlte und sich die Adresse mitteilen ließ, wo er sich in Breslau melden solle?
3. Ist es richtig, daß der Wachtmeister Reichgräber das Ergebnis dieser Spionagetätigkeit alsbald seinem Vorgesetzten mitteilen sollte, daß dann von der Polizei aus das Ergebnis dem Minister des Innern Lipinski durch Fernsprecher sofort mitgeteilt und von diesem die Weisung erteilt worden ist, alsbald Hausdurchsuchungen vorzunehmen und die Beteiligten festzunehmen?
4. Falls sich diese Behauptungen bewahrheiten sollten, wie stellt sich die sächsische Regierung zu diesem unwürdigen Verfahren?

Fortsetzung der Reparationsverhandlungen.

Berlin, Aus Paris wird gemeldet: Nach dem „Intran-sigant“ werden die in Wiesbaden begonnenen Reparations-verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden. Wie verlautet, sollen bereits zwei französische Sachverständige nach Berlin abgereist sein.

Eingriffe in Deutschlands Rechtsprechung.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Ver-ordnung (Nr. 93) erlassen, durch die sie sich vorbehält, den deutschen Behörden oder Gerichten bestimmte Verfahren zu entziehen, die nach ihrer Ansicht die interalliierten Be-zugnahmen angehen. In der Verordnung heißt es: Wenn die Interalliierte Rheinlandkommission auf Grund aus-reichender Anhaltspunkte der Ansicht ist, daß jemand von irgendeiner deutschen Behörde oder einem deutschen Gericht mit Strafmaßnahmen verwaltungsrechtlicher, disziplinarischer strafrechtlicher oder zivilrechtlicher Art bedroht oder ihnen ausgeübt worden ist, weil er den alliierten Verwaltungs-behörden Dienste geleistet hat oder weil er mit diesen Behörden in Beziehung gestanden hat, kann die Interalliierte Rhein-landkommission sich mit der Sache befassen. Sie kann selbst in der Sache entscheiden und darf ergangene Urteile oder die Entscheidung einer Revision unterziehen; sie kann die Unter-suchung des Falles auch an eine von ihr bezeichnete Ge-richtsbarkeit verweisen. Der Übergang einer Sache an die Rheinlandkommission unterbricht alle schwebenden Ver-fahren. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Eisenacher Tagung der Deutschen Volkspartei.

Die Mitglieder der Deutschen Volkspartei aus ganz Thüringen, Nordbavarn, aus Mitteldeutschland usw. hatten sich am Sonntag in Eisenach zu einer Tagung versammelt. Nach einer einleitenden Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Luther, begrüßte Reichstagsabgeordneter Leuthener die Eisenachener und hob die Bedeutung des Tages hervor. Der Höhepunkt erreichte die Tagung in einer vaterländischen Rundgebung auf der Sangerweide unterhalb der Wartburg, wobei der Reichstagsabgeordnete Dr. Kahl in Abwesenheit des erkrankten Dr. Stresemann eine unpolitische Rede hielt. Der Redner wies darauf hin, daß uns aus dem tiefen Stand der Not, in dem wir uns heute befinden, nur die Wiedergeburt des deutschen Sinnes retten kann. Ueber Oberklesien meinte der Redner, daß die Feinde uns heute zwar Gewalt antun könnten, aber unter Anspruch auf dieses deutsche Land würde niemals untergehen. Sollte uns Oberklesien fortgenommen werden, so bedeutete dies ewigen Krieg. Ein Festabend vereinigte die auswärtigen mit den Eisenacher Parteifreunden und beschloß die Tagung.

Sindenburg am Koffhäuser-Deinmal.

Zur Feier des 25jährigen Bestehens des Koffhäuser-Deinmals hatten sich am Sonntag viele Tausende von Mit-gliedern der Kriegervereine, die im Koffhäuser-Bereich sind, eingefunden. Nach einer Ansprache des Präsidenten des Koffhäuser-Bundes, Generaloberst v. Seeringen und nach einer Rede des 3. Präsidenten des Koffhäuser-Bundes, Geh. Regierungsrat Westphal, betrat Generalfeldmarschall von Sindenburg die Rednertribüne zu einer kurzen Ansprache. Er forderte darin auf, trotz des tiefen Falles unseres Volkes nicht zu verzweifeln, sondern im treuen und festen Glauben an die Zukunft Deutschlands und in erster, freier Erfüllung, ein jeder in seinem Beruf, an der Wiederaufrichtung des Vaterlandes mitzuarbeiten. An den ehemaligen deut-schen Kaiser wurde ein Begrüßungstelegramm abgefaßt.

Die hannoversche Frage.

Aus der Provinz Hannover wird der Nationalliberalen Kor-repondenz geschrieben:
In einer propädeutischen Rede hat der Abgeordnete Dr. v. Campe in der Landtagssitzung vom Dienstag den 7. Juni sich mit der weltlichen Bewegung auseinandergesetzt und dadurch eine Frage von weitestgehender innen- und außenpolitischer Bedeutung, deren ganze Tragweite leider außerhalb der Provinz Hannover noch nicht erkannt ist, vor den Landesvertretern aufzuarrollt. Es ist zu hoffen, daß durch die Ausführungen Dr. v. Campes dem gesamten deutschen und preussischen Volke klar zu werden beginnt, daß die Weltfrage nicht nur eine hannoversche, sondern eine preussische und mehr noch eine deutsche Frage ist. Es ist bedauerlich, daß außerhalb Hannovers diese Bewegung zur Lösung Hannovers aus dem preussischen Staatsverbande so wenig bekannt ist.
Die große Gefahr der weltlichen Bewegung besteht nicht darin, daß sie ihr Ziel, die Selbstständigkeit Hannovers, erreichen könnte, denn es gibt trotz der ungeheuren Kapitulation der Weissen, die nicht vor Ateibier auf sogenannten Heimatsfesten zurückzuckt, noch zwei Millionen in Hannover, die sich den harten Blick auf die staatlichen Notwendigkeiten nicht verwirren lassen, sondern in der anderen Tatsache, daß alle die Keime stecken, die das Heil ihrer engeren Heimat davon erhoffen, wenn sie sie von den großen Zusammenhängen abstrahieren, auch in anderen Provinzen das Beispiel Hannovers nachahmen werden. Was eine solche innere Unruhe, die notwendigerweise die Folge einer derartigen Entwicklung sein müßte, für uns bedeutet, in einem Augenblick, wo alle Kräfte zusammengefaßt werden müssen, liegt auf der